



## Die Moral der Leistungsträger/innen

Wolfgang Untergehrer

„Kavaliersdelikt? Nein, kriminell“ – dieser Kommentar im Wirtschaftsteil der „Süddeutschen Zeitung“ vom 29.12.2021 von Katharina Kutsche sprach mir mal so richtig aus der Seele. Jährlich entgehen unserem Staat bis zu 100 Milliarden aufgrund von Steuerhinterziehung und man fragt sich, wieviel Energie und fehlgeleitete Kreativität etliche unserer Mitbürger/innen dazu bringt, fortgesetzt und nachhaltig die Gemeinschaft zu betrügen. Leider sind unsere Verwaltungen und die Gerichte bisher nur sehr eingeschränkt in der Lage, größere Teile dieser hinterzogenen Abgaben nachträglich durch Prüfungs- und Fahnungsmaßnahmen sicherzustellen, auch das benennt der Kommentar präzise.



*Ebenfalls ein lukrativer Briefkasten - bringt viel Arbeit, aber auch Steuergelder!*

Von den in Presse und Politik vielbeschworenen sog. „Leistungsträger/innen“ haben erkennbar viele kein Problem damit, ihren fiskalischen Verpflichtungen nicht oder nur teilweise nachzukommen. Der Bau von Straßen und Brücken, die Finanzierung von Universitäten und Schulen, die Besoldung von Feuerwehr, Polizei und Erzieher/innen ist vielen offenbar zu komplex und abstrakt. Oder ist man sich sicher, dass ein funktionierendes Staatswesen allein von den „Dummen“ und „Braven“ finanziert werden sollte und man selbst hält sich da „vornehm“ zurück, noblesse oblige?

Um vielleicht die Lebenswirklichkeit gerade von Unternehmer/innen besser anzusprechen:

Allein die Corona-Pandemie hat bisher Hunderte von Milliarden Euro gekostet, allein 75 Milliarden Euro entfallen auf Zahlungen und Kredite an Gewerbetreibende und Selbständige, die in finanzielle Nöte gekommen sind. Auch für die Bewältigung der Flutkatastrophe im letzten Sommer waren gigantische Summen notwendig, die nicht zuletzt auch an Firmen geflossen sind – und all diese Ausgaben waren notwendig und richtig!

Umso ärgerlicher ist es aus unserer Sicht, wenn gerade im Unternehmensbereich Steuern nicht in der gesetzlich gebotenen Höhe bezahlt werden. Positiv ist zu werten, dass Steuerunehrliche in der Krise Sofort- und Unterstützungshilfen -

Moral der Leistungsträger/innen	1
Heut tu ich gar nichts	2
Einhalt gebieten!	3
Steuergesetze gleichmäßig anwenden	3
Lido del finanziere	4
Steuerpolitik auf Bundesebene	5
Zusammen mit dem Zoll	6
Weitestgehend unkoordiniert	7
Einmalige Coronazahlung	9
Zum Tod von Rosi Reitberger	10
Licht ins Dunkel des Finanzministeriums	11
Die Vertreibung aus dem Steuerparadies	12
Architekturführung	13
Hauptpersonalrat kritisiert erneute Verlagerung	14
Wo drückt der Schuh	14
And the winner is... / Lösung des letzten Rätsels	15
Was zum Mitraten, Schmunzeln und Gewinnen	16



angesichts nur teilweise erklärter Einkünfte in der Vergangenheit -nur teilweise kassieren konnten, es wäre schön, wenn zumindest ein Teil der „schwarzen Schafe“ dadurch zum Umdenken kommen würden.

Steuerverkürzung gibt es in allen Bereichen, bei Arbeitnehmer/innen wie beim multinationalen Konzern, Pauschalurteile verbieten sich ohnehin. Aber Appelle sind nun wirklich genug formuliert worden, jetzt wird es Zeit, das Ruder herumzuwerfen und beim Personal für die Finanzverwaltung nicht länger zu mauern. Der Staat muss endlich einmal Krallen zeigen und einen gleichmäßigen und gerechten Steuervollzug sicherstellen – können das unsere Länderfinanzminister, kann das auch Herr Lindner?

## Heut tu ich gar nichts\*)

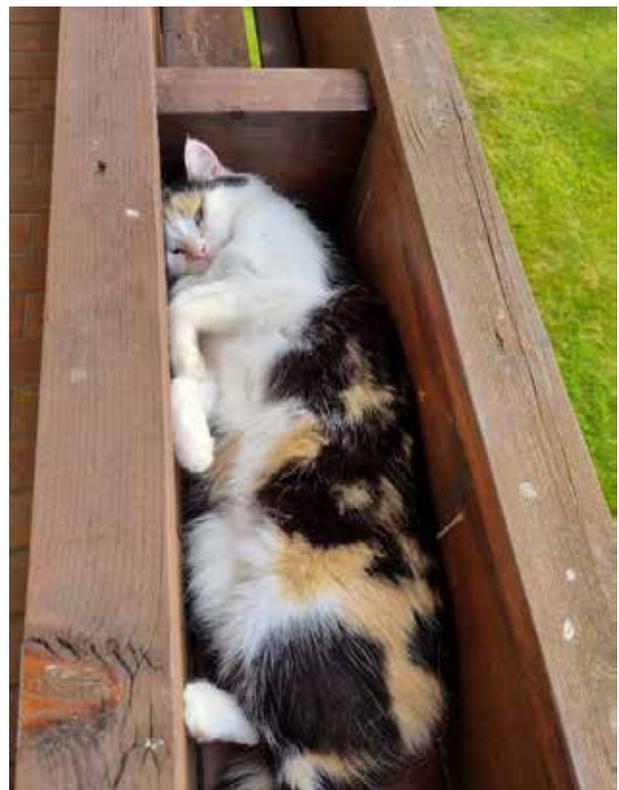
\*) Titel eines Lieds von Max Raabe

... außer mal eben über 300 Seiten Verwaltungsvorschriften lesen? Ja, wer verbeamtet ist, steht in der Pflicht, sich jährlich die Verwaltungsrichtlinien zu Gemüte zu führen. Um das zu erleichtern, hat die Verwaltung die regelmäßig bekanntzugebenden Anweisungen digital zur Verfügung gestellt. Mal ehrlich: wer liest alle Vorschriften wirklich durch und wann eigentlich?!

Werden die Anweisungen zum Dienst- und Arbeitsrecht nicht beachtet, kann das disziplinarische oder arbeitsrechtliche Folgen haben. Es geht also um eine ernste Sache, die wir nicht auf die leichte Schulter nehmen können. Viele Vorschriften sind ja auch nachvollziehbar, gut zu wissen, wenn nicht sogar hilfreich.

Manche muten etwas antiquiert an, wenn zum Beispiel beim langen Verzeichnis extremistischer Organisationen immer noch der Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten aufgeführt wird. Diese Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) wurde kürzlich wieder als gemeinnützig anerkannt. Nur so als Beispiel.

Bei aller Nachvollziehbarkeit und Sinnhaftigkeit drängt sich der Gedanke auf, dass es sich hier die Verwaltung zu einfach macht: die Beschäftigten werden zwar gewarnt, dass es bei Verstößen Ärger gibt, aber eine Datei mit 300 Sei-



ten Inhalt schreckt doch eher ab, als präventiv zu wirken - ob nun als digitales Dokument oder ausgedruckt.

Wie wär's stattdessen mit regelmäßigen Dienstbesprechungen, ein Jourfixe von 15 Minuten, bei dem die/der Vorgesetzte kurz erläutert, was in einer Anweisung steht? Wer hat bessere Ideen? Eure Zuschriften gerne an die Wecker-Redaktion.

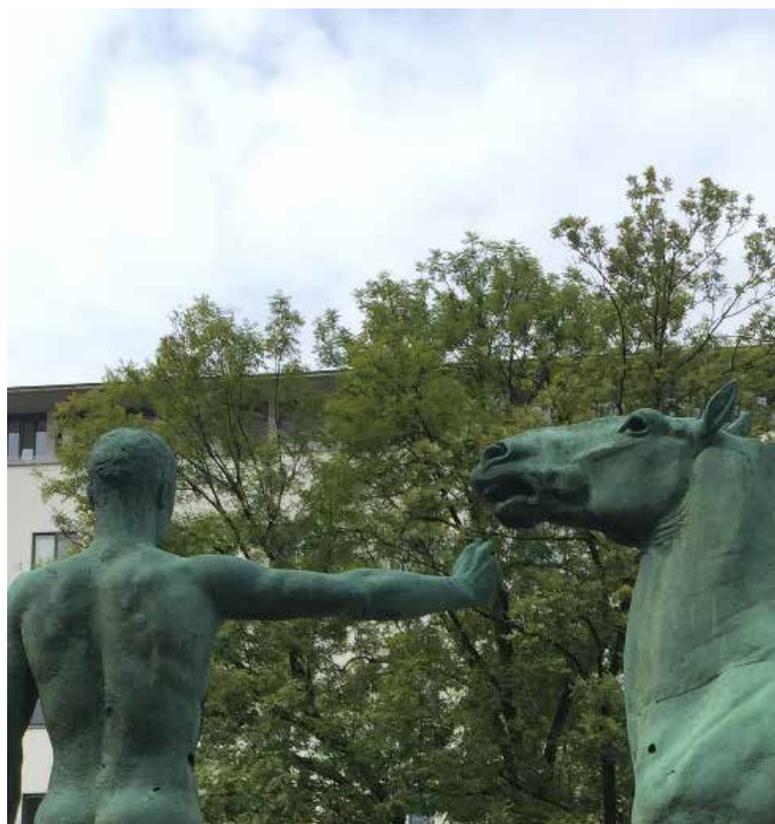
## Einhalt gebieten!

Die personelle Unterbesetzung ist ebenso leidlich bekannt, wie die hohe Durchfallquoten der Lehrgänge in den vergangenen Jahren. Für die Berliner Finanzverwaltung hat die ver.di-Jugend aktuell vorgeschlagen, den Lehrstoff bei den Auszubildenden der QE 2 dringend zu entzerren. Auf Spezialfälle sollte verzichtet werden, da sich Beschäftigte in der Regel erst dann damit befassen (müssen), wenn sie auftauchen.

Noch ein unerfreuliches Thema ist die Statistik, vor allem der Umgang damit. Die Fallzahlen in den Bezirken galoppieren unaufhörlich davon und keine/r zieht die Zügel an. Endlich wurde in Gesprächen auf Ebene des Landesamts für Steuern thematisiert, dass die statistischen Werte ämterbezogen angepasst werden. Endlich sollen Ziele vereinbart werden, die MÖGLICH sind.

Ob das alle schon gehört haben?

Sicherheitshalber rufen wir nochmal: BRRRRR – (Statistik-) Pferdchen!



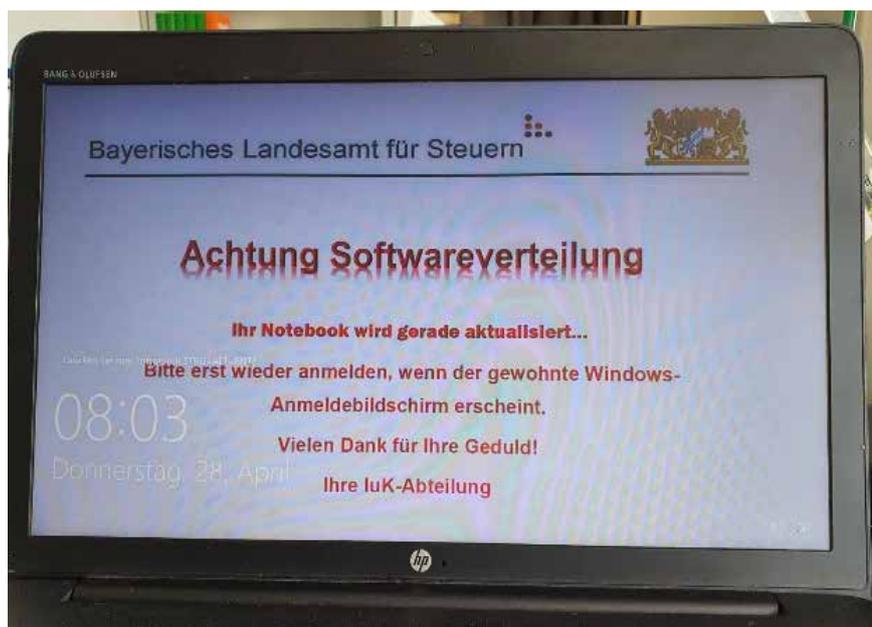
Hermann Hahn „Rossbändiger“

## Steuergesetze gleichmäßig anwenden

Angelica Dullinger

Die komplizierte Gesetzgebung, die ausufernden Verwaltungsanweisungen wie auch die Flut der zu berücksichtigenden Gerichtsurteile erfordert gut ausgebildetes Personal in der Steuerverwaltung. Problematisch dabei ist die personelle Unterbesetzung, auch in den anderen Bundesländern. Im Durchschnitt fehlen ca. 20 Prozent, also insgesamt 16.000 Personen. Der zusätzliche Bedarf für die Bearbeitung der Grundsteuer ist da noch gar nicht eingerechnet.

Dies war auch ein Thema auf dem Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD, kurz „AfA“, der im April in Bad Kreuznach stattgefunden hat. Auf Basis eines Konvoluts von 293 Seiten wurden von fast 200 Delegierten aus ganz Deutschland Anträge zum Strukturwandel, zur Sozial- und Wirtschaftspolitik beraten, einige davon auch zum Steuervollzug.





Beispiele daraus:

- Um die gleichmäßige Anwendung der Steuergesetze zu schaffen, wird eine identische und nach der Personalbedarfsberechnung erforderliche Personalausstattung gefordert.
- Die Erbschaftssteuer darf kein Treiber für steigende Mieten sein. Vereinbarungen zu Mietpreisbindungen sollen ermöglicht werden.
- Die monatliche Ausgleichsabgabe bei Nichterfüllung der Schwerbehindertenquote muss deutlich erhöht werden.

Die Beschlüsse gehen an die SPD Bundestagsfraktion zur Befassung. Wenn alles klappt, werden wir mit Unterstützung des finanzpolitischen Sprechers Michael Schrodi, MdB, eine Berlinfahrt organisieren und können dann unsere Themen vor Ort vertiefen. Der Termin wird im Schwarzen Brett/AIS bekanntgegeben.

Die Digitalisierung wird eingesetzt, um Engpässe beim Personal aufzufangen. Das stimmt. Ohne digitale Programme wäre die Arbeitsmenge aufgrund der Zunahme an Fällen überhaupt nicht mehr verkraftbar. Das stimmt nicht. Die Ausfälle der EDV gibt es mal mehr, mal weniger. Aber viele Programme werden erst beim flächendeckenden Einsatz „auf Herz und Nieren getestet“, was Mehrarbeit und Frust bei den Betroffenen auslöst.

Beim Programm „BUSSI“ für die Buß- und Strafsachenstellen stieß die Einführung in Niedersachsen an ihre Grenzen. Das Programm wird jetzt auch in Bayern pilotiert. Darauf hat selbst die Verwaltung ein waches Auge, ebenso die Personalvertretung. Wir müssen nicht alles schlucken, wenn wir bei diesem Test laut äußern, was uns nicht schmeckt!

## Lido del finanziere

Nicht, dass wir jetzt auf völlig abwegige Gedanken kommen: Der eigens für die Finanzverwaltung reservierte - schöne - Strand am Mittelmeer sei den italienischen Kolleginnen und Kollegen vergönnt! Klar, würde uns ein eigener Badestrand am Starnberger See auch gefallen. Aber... unsere Probleme und Wünsche sind doch völlig anders gelagert.

„Massive Störungen des Betriebsablaufes durch fehlende oder mangelhafte IT Strukturen“, so können die Aufgaben in vielen Bereichen nicht mehr hinreichend erledigt werden. An vielen Stellen wird im positiven Sinne „getrickst“ beim Versuch, über die Runden zu kommen, so lautet die Feststellung aus dem Hauptpersonalrat der Bundesfinanzverwaltung.

Der Text könnte natürlich auch aus unserer Feder stammen. Schließlich gehört es zum Alltag,



dass die EDV mal nicht läuft. Dies ist- neben dem gesetzlichen Verbot - einer der Gründe, warum im allgemeinen Dienstbetrieb am Wochenende nicht gearbeitet werden soll: die Beschäftigten im IuK-Bereich nutzen diese Zeit, um die Programme am Laufen zu halten.

Fest steht allerdings auch, dass der IT-technische Bereich – incl. des fachspezifischen Personals – drastisch unterfinanziert ist. Regelmäßig stellen wir - auch in der Personalvertretung – fest, dass das Online-Arbeiten (ihm gehört die Zukunft) beispielsweise daran scheitert, dass nicht genügend Lizenzen erworben wurden bzw. kein ausreichendes Budget hierfür im Haushalt bereitgestellt wurde.

Wenn aber die Bandbreite nicht ausreicht, YuLinc-Räume belegt sind oder technische Ausstattung (Headsets, Laptops für Video-

konferenzen etc.) fehlt, dann ist es keine Überraschung, wenn wir beim Kampf um den gleichmäßigen Steuervollzug auf den letzten Plätzen landen. Die Prüfungsdichte, z.B. 0,7% im Bereich der Umsatzsteuersonderprüfung spricht ebenso Bände wie das ausufernde Wuchern von Steueroasen – gerade in Bayern.

Wir zollen den fundierten Anträgen der Landtagsopposition von SPD, GRÜNEN und FDP unseren Respekt, auch den Bemühungen einzelner Abgeordneter der CSU und wünschen viel Erfolg!

Gerecht ist es nicht, wenn die notwendigen Staatseinnahmen weitgehend durch die Masse der Bevölkerung und deren Lohn- bzw. Konsumsteuern finanziert werden. Wir sagen: Die staatlichen Lasten müssen ganz dringend auf alle Schultern verteilt werden.

## Steuerpolitik auf Bundesebene

Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke hat den Bundesfinanzminister Christian Lindner zur steuerpolitischen Tagung im Herbst dieses Jahres eingeladen. Diese Veranstaltung wird durch den ver.di-Sekretär Martin Krupp (ver.di-Bundesverwaltung Berlin) zusammen mit der ver.di-Fachkommission Steuer- und Finanzverwaltung, deren Vorstand Angelica Dullinger angehört, organisiert.

Steuerpolitische Projekte des Gesetzgebers werden genauso erörtert wie die bundesweite Unterbesetzung der Landesfinanzverwaltungen. Außerdem wird im Fokus stehen, in welchem Umfang der Ausbau IT-gestützter Arbeitsprozesse Entlastung bringt und einen Beitrag dazu leisten kann, einen gerechten und gleichmäßigen Steuervollzug sicherzustellen. Und es werden Vorschläge zur Änderung der Ausbildung bei den Steuerbeamt\*innen vorgestellt. Zeit wird es!



*ver.di-Bundessekretär Martin Krupp (l.) mit dem ver.di-Arbeitskreis auf Bundesebene*



## Zusammen mit dem Zoll

Am virtuellen ver.di-Treffen mit dem „Netzwerk Steuergerechtigkeit“ hat auch der Sprecher des ver.di-Arbeitskreises Bundesfinanzverwaltung teilgenommen: Stefan Adamski. Er war im Hauptzollamt Schweinfurt Leiter der Abteilung für Vermögensabschöpfung und ist jetzt stellvertretender Vorsitzender des Hauptpersonalrats im Bundesfinanzministerium.

Für unsere Zusammenarbeit sieht der Kollege Adamski Potential aufgrund der thematischen Überschneidung unserer Tätigkeitsfelder. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Teilnahmen an Gesetzesanhörungen und ganz generell die inhaltliche Einflussnahme auf die Politik bei Themenfeldern wie der Kontrolle des Mindestlohns, der Geldwäschebekämpfung und des Arbeitsschutzkontrollgesetzes.

Im Arbeitsalltag hat die Zollverwaltung ähnliche Probleme zu meistern wie die Finanzverwaltung, wenn nicht noch größere: sogar die Zer-



Stefan Adamski

schlagung des Zolls wird immer wieder diskutiert. Um hier klar dagegenzuhalten betreibt die ver.di-Arbeitsgruppe des Zolls massiv Öffentlichkeitsarbeit.

Es gibt viel zu tun, was uns aber nicht vom gegenseitigen Austausch abhalten soll. Denn „Gemeinsam sind wir stark“!

	Vorschläge	Koalitionsvertrag
Personal	Zielvorgaben für Personalausstattung	-
	Regelmäßige Berichte	-
	Kontinuierliche Personalentwicklung	Sache der Länder, Berlin: bE-Fälle, BP, WiKri/GW bei Steuerfahndung
Grenzen	Bundesfinanzpolizei, gemeinsames Abwehrzentrum, Zusammenarbeit Zollfahndungsdienst, Abteilung „Crime“	BMF + Zoll organisatorisch und personell stärken
	Fahndungsdatenbank + nationaler Kontenaustausch	-
Prioritäten	Steuerforschungsinstitut + Steuerlücke	SFI für Evaluierung (inkl. Belastungswirkung) und Steuerlücke
	Anonyme Abgeltungsteuer, e-Bilanz	-
	Automatische Veranlagung ohne Personalabbau	Höhere Schwellenwerte und volldigitalisierte Verfahren
IT	Gemeinsame Schnittstellen oder Einheitssoftware?	Easy Tax/100% digital, schnellere Betriebsprüfung + zentrale Organisationseinheit
	IT-Personal	

Bund Zoll Zoom mit dem ver.di Arbeitskreis

## Unter dem Strich

# Weitgehend unkoordiniert

Wolfgang Untergehrer

„Bedingt abwehrbereit“ – dieser Artikel im „Spiegel“ vom 10.10.1962 löste die gleichnamige „Affäre“ aus, in deren Zuge der damalige Bundesminister der Verteidigung, Franz-Josef Strauß (CSU) aus dem Kabinett Adenauer ausscheiden musste und zwei Staatssekretäre entlassen wurden. Im besagten Beitrag wurde das Konzept des atomaren Erstschlags, die Rüstungspolitik des Ministers und die mangelhafte Ausstattung der Bundeswehr kritisiert, wobei die ent-

sprechenden Informationen von einem Oberst aus dem Führungsstab des Heeres, Alfred Martin gekommen waren. Es folgten die über einen ganzen Monat andauernde polizeiliche Besetzung und Durchsuchung der Räume des Magazins, Verhaftungen der leitenden Redakteure Rudolf Augstein und Conrad Ahlers, in Folge aber auch massive Proteste großer Teile der Bevölkerung und eine eindeutige Solidarisierung der übrigen Presse mit der Redaktion der Zeit-

schrift. „Wir haben einen Abgrund von Landesverrat im Land!“, so tönte dazu Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) im Bundestag. Dieser Angriff auf die Pressefreiheit brachte Minister Strauß zu Fall – die FDP-Minister hatten aus Protest ihren Rücktritt erklärt – und führte schließlich zu einer umfassenden Regierungsumbildung. Alle Verfahren wegen „Verrats von Staatsgeheimnissen“ wurden dann bis ins Jahr 1965 hinein eingestellt.

Warum dieser historische Rückblick? Keiner in unserer Redaktion fürchtet ernsthaft negative Konsequenzen, wenn wir von unseren Möglichkeiten, Missstände im „Münchner Wecker“ aufzuzeigen, unverdrossen Gebrauch machen. Niemand wird wohl auch die Chuzpe haben, uns abzusprechen, dass unser Anspruch und zentrales Ziel es ist, die Bayerische Finanzverwaltung endlich schlagkräftiger zu machen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu verbessern.

So ist es ist wahrlich kein Geheimnis, dass die „Koordinierte Lohnsteuer (LSt)-Außenprüfung“





(siehe Extra-Kasten) kein Wunschkind der Verwaltung ist. Bereits seit 2019 besteht die Möglichkeit, Fälle auch bundesländerübergreifend zu koordinieren, ab dem Jahr 2023 soll die Koordination im Konzern aber nunmehr verpflichtend werden. Bisher wurden bayernweit ganz wenige Fälle entsprechend geprüft, an einer Hand lassen sich die Referenzfälle in München abzählen.

Bitte nicht (bewusst) falsch verstehen:

Wir stehen uneingeschränkt hinter der Abstimmung der Prüfer/innen auch über die Landesgrenzen, aber wir fragen unsere Führungsebenen, wie diese Zusatzbelastung vom vorhandenen Personal – speziell in der Landeshauptstadt mit den vielfältigen Konzernspitzen - geschultert werden soll? Insider sprechen davon, dass über 10 Prüfer/innen für die Koordinationsaufgaben notwendig wären. Das entsprechend zusätzliche geeignete, vor allem erfahrene Personal ist definitiv im Finanzamt München nicht vorhanden, was in vielen Gesprächen auch von den Verant-

wortlichen zugestanden wurde. Bereits heute ist nur mehr teilweise die Anschlussprüfung größerer Unternehmen möglich, eigentlich sollten da doch die Alarmglocken vernehmbar schrillen!

Kernpunkt unserer Kritik ist bereits seit Jahren, dass von der LSt-Außenprüfung Aufgaben geschultert werden müssen, die weder von der Personalbedarfsberechnung noch vom Zuteilungssoll adäquat abgebildet werden. Wo ist denn bitte die zukunftsorientierte Personalplanung, die mit positiven Anreizen und echten Perspektiven gegensteuert, wenn mühsam ausgebildetes Personal in die ertragsteuerliche Bp und andere – „hochwertigere“ – Arbeitsbereiche wechselt?

Aber vielleicht sind wir viel zu negativ und auch 1-3 Jahre angelernte Prüfer/innen sind in der Lage, multinationale Konzerne zu prüfen und zukünftig auch noch zu koordinieren. Vielleicht kann mir da irgendwer etwas von diesem Gottvertrauen abgeben...

## Koordinierte Lohnsteuer-Außenprüfung



*Gut koordinierte Arbeit*

Sinn und Zweck koordinierter LSt-Außenprüfungen ist es, ein einheitliches Auftreten der Finanzverwaltung und eine erhöhte Effizienz im Rahmen von LSt-Außenprüfungen sicherzustellen, in denen mehrere Finanzämter für die Prüfung verschiedener lohnsteuerlicher Betriebsstätten eines Arbeitgebers zuständig sind (ähnlich Konzern-Betriebsprüfungen der ertragsteuerlichen Betriebsprüfung).

Dies soll dadurch erreicht werden, dass das Finanzamt, das für die Prüfungsleitung zuständig ist, mittels Prüfungsaufwurf die zuständigen Prüfungsfinanzämter der beteiligten lohnsteuerlichen Betriebsstätten zur Teilnahme an der koordinierten LSt-Außenprüfung bittet und dabei vor, während und nach der Prüfung eine entsprechende Abstimmung der Finanzämter, die weiterhin in eigener Zuständigkeit prüfen, sicherstellt.

Ab 01.01.2023 ist die Koordinierung verpflichtend, davor auf freiwilliger Basis möglich. Als Vorarbeit wurde seit 2019 das „Lohnsteuerliche Betriebsstättenverzeichnis“ aufgebaut, um die entsprechenden Fälle identifizieren zu können.

## Einmalige Coronazahlung - sonst nichts?

Neulich in der Kantine - ja, sie läuft wieder! - meinte eine Kollegin, dass die Tarifrunde ziemlich mau ausgefallen sei, nur eine Coronazahlung, sonst nichts... Aber stimmt das auch wirklich?

Die jahrzehntelange Überlastung in den Krankenhäusern, der Verlust sovieler Menschenleben und die drohenden finanziellen Folgen der Pandemie auch für den Fiskus bescherten uns eine extrem schwierige Ausgangslage für die Verhandlungen. Und trotz all dieser negativen Faktoren haben sich unzählige Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aktiv an der Tarifbewegung beteiligt und mit vielen Aktionen, Kundgebungen und Streiks ein respektables Tarifergebnis erzielt:

- Deutliche Erhöhungen bei den Zulagen im Gesundheitsbereich,
- 1.300 Euro steuerfreie Sonderzahlung für alle Beschäftigten und
- 2,8 Prozent Lohnerhöhung ab 01. Dezember 2022!

Trotz Pandemie gelang dies, unterstützt von einigen Beamt/innen, insbesondere den Tarifkräften der Gewerkschaft ver.di – und alle stets auf die Gesundheit der Kolleg/innen und der Mitmenschen bedacht!

## Blauäugig und voll an die Wand

Das Innen- und Wissenschaftsministerium lehnen den weiteren Einsatz ihrer Beschäftigten im CTT ab. Das Finanzministerium - noch - nicht und es lässt noch dazu immer wieder Anfragen zur Stellenbesetzung anderer Behörden im AIS bekanntgeben. Das Finanzamt fungiert quasi als Selbstbedienungsladen. Dann darf doch gefragt werden: wer füllt eigentlich die „Regale“ wieder auf?



Kundgebung vor dem Finanzministerium November 2021



# Zum Tod vom Rosi Reitberger

*Elke Ganzenmüller*

Geschockt und sehr traurig war ich, als ich vom Tod von Rosi erfahren habe. Viel zu früh ist sie im Alter von 67 Jahren verstorben. Zehn Jahre waren wir gemeinsam in einem Sachgebiet und dabei haben wir sechs Jahre in einem Bezirk gearbeitet.

„Wir sind ein gutes Team“, hat sie immer gesagt, und so war es auch! Gemeinsam, das war für Rosi immer wichtig: der große Gedanke der Gewerkschaft, dass man nur gemeinsam viel erreichen kann, sowohl im Großen wie auch im Miteinander der Kolleg/innen. Und so habe ich sie auch immer erlebt: lieb und fürsorglich, für die anderen da sein, wenn sie es brauchten, zuhören, wenn es einer gebraucht hat, helfen, wenn andere Hilfe brauchten. Rosi hatte alle in ihr Herz geschlossen und deshalb war es ihr wichtig, dass es allen gut ging.

Nur in einem einzigen Punkt war es anders: So konnte sie sich furchtbar aufregen, wenn es ungerecht zugeing oder jemand ungerecht behandelt wurde. Da hat sie immer versucht, wenn auch nicht immer mit Erfolg, die Gerechtigkeit wieder herzustellen. Sie war länger im Personalrat im damaligen Finanzamt München I aktiv und hat sich dort für die Beschäftigten eingesetzt. Auch in ihrer Zeit im Finanzamt München für Körperschaften, später Abteilung III, hat sie sich für die Kolleg/innen vom einfachen bis zum höheren Dienst engagiert.

Ihre herzliche Art und ihre unendliche Hilfsbereitschaft werden uns allen fehlen!





## Mehr Licht ins Dunkel

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) möchte mit der Landtagsfraktion der Bayern SPD Licht in eine dubiose Befragung des Finanzministeriums bringen. Darin geht es um die Arbeit der Personalratsgremien in bayerischen Behörden und Ministerien.

Dazu gab es ein Gespräch mit Arif Tasdelen, stv. Fraktionschef und Harald Zeidler, Parlamentarischer Berater für Fragen des öffentlichen Dienstes der SPD Landtagsfraktion. Für ver.di Bayern waren beteiligt: Norbert Flach, stv. Landesbezirksleiter, Manuela Dietz, Landesfachbereichsleiterin und Dominik Schirmer, Beauftragter Landespolitik.

Statt die Arbeitsweise der Personalvertretung „auszuspionieren“ bedarf es aus Gewerkschafts-sicht einer komplett anderen Schwerpunktsetzung. Dringend geboten ist die Novellierung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes

(BayPVG), was ein Mehr an Mitbestimmung und bessere Arbeitsbedingungen für die vielen engagierten Personalrät/innen in Bayern schafft. DAS ist das Thema für die DGB-Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst!

Die Bremser von CSU/Freie Wähler sehen entweder zuviel Science Fiction („Zurück in die Zukunft“) oder sie verhindern ganz bewusst, dass sich unsere Gesellschaft positiv verändert. Kürzlich haben sie im Bayerischen Landtag die Staatsregierung lediglich aufgefordert, notwendige Anpassungen im Bayerischen Personalvertretungsgesetz zu prüfen und „ggf.“ zeitnah einen Gesetzentwurf vorzulegen. Dem Antrag zur Änderung des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes gingen jahrelange Beratungen voraus. Er wurde komplett abgelehnt! Mitbestimmung verbessern und Frauen fördern - wo kämen wir denn da hin?!



Gespräch mit MdL Fackler

Die ver.di Fachkommission hat im Winter 2021/2022 Online-Gespräche mit den Fraktionen im Bayerischen Landtag der GRÜNEN, der SPD und dem Ausschussvorsitzenden Wolfgang Fackler, CSU, geführt. Für die ver.di-Betriebsgruppe Finanzamt München hat Angelica Dullinger teilgenommen. Wir stellen regelmäßig die aktuelle Situation in den Finanzämtern dar und zeigen Probleme z.B. mit neuen Gesetzesvorhaben auf. Die gegenseitigen Informationen fließen oft in Anfragen an die Staatsregierung ein, ob zum neuen Grundsteuergesetz, zur Stellenanforderung im Haushalt (Titel 06) oder zur Sicherstellung guter Ausbildung. Wir müssen dranbleiben, sonst ändert sich nichts!



## Die Vertreibung aus dem (Steuer-)Paradies

Seit geraumer Zeit recherchiert ein Team der Süddeutschen Zeitung (SZ) zum Thema Gewerbesteuer-Oasen. Dabei werden Anfragen im Bayerischen Landtag genauso aufgegriffen und verwertet, wie Kontakte zu Verbänden und Gewerkschaften.

Wir haben mit einem Leserbrief an die SZ auf die umfassende und fachlich fundierte Berichterstattung reagiert, den wir im Folgenden veröffentlichen.

*„Die ver.di Betriebsgruppe bei dem Finanzamt München begrüßt ausdrücklich die kontinuierliche Recherche und Berichterstattung der SZ über das Gewerbesteuer-Dumping in manchen Münchner Umlandgemeinden.*

*So betreiben Grünwald (Hebesatz/HS 240%), Gräfelfing (HS 250%), Oberhaching (HS 250%) und Pullach (HS 260%) aggressive (Gewerbesteuer-) Standortpolitik und segeln als Gewerbesteuer-Oasen im sprichwörtlichen Windschatten der Metropole München (HS 490%).*

*Bekanntermaßen werfen Firmen und Konzerneinheiten ihren Unternehmens-Anker bevorzugt an Orten, an denen eine bestens ausgestattete (Verkehrs-)Infrastruktur im Einzugsbereich einer Großstadt und das Know How gut ausgebildeter Arbeitskräfte in Pendelreichweite zusammenreffen. Profitieren die Unternehmen dann noch von traumhaft niedrigen Gewerbesteuerhebesätzen, ist die Standortwahl dank Steuer- und Wettbewerbsvorteil schnell getroffen.*

*Doch die Oasen-Kommunen locken nicht nur operativ tätige Unternehmen an, sondern ziehen substanzschwache bzw. substanzlose Briefkastenfirmen geradezu magisch an.*

*Wenn die Anzahl der Firmen an Briefkästen die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner einer Kommune um ein Mehrfaches übersteigt, darf die Frage erlaubt sein, ob an dem attraktiven Firmenstandort tatsächlich der Ort des Firmengeschehens (im steuerlichen Fachjargon eine gewerbesteuerliche Betriebsstätte) verortet werden kann.*

*Aus Sicht der ver.di Betriebsgruppe sollten die SZ-Recherchen der Finanzverwaltung genügend Anlass bieten, die Schwerpunkte der Prüfungsdienste u.a. auf die Gewerbesteuer zu lenken.*

*Aus unserer Sicht bestehen dabei im Großen und Ganzen zwei Fallgruppen:*

*Firmen einer Konzerngruppe mit legalen steuerschonenden Gestaltungen, die nach der Betriebsgrößenklasse für jedes Steuerjahr der Betriebsprüfung unterliegen. Hier wäre ein Prüfungsschwerpunkt der Finanzämter auf die Gewerbesteuer sowie auf die mehrgemeindliche Gewerbesteuererlegung zu legen.*

*Firmen, die zwar an der Adresse ihres Briefkastens ihren Sitz haben, allerdings mit wenig bis gar keiner Substanz ausgestattet und ggf. noch in anderen Kommunen tätig sind. Bei dieser Fallgruppe ist dem Motiv des Steuersparens besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Hier wäre es angezeigt, eine Task Force einzusetzen, die prüft, ob die gewerbesteuerliche Gestaltung die Grenze der Legalität bereits überschritten hat.*

*Briefkastenfirmen systematisch aufzuspüren und zu prüfen ist allerdings eine personalintensive Mammutaufgabe, für die es auf jeden Fall mehr Personal in den Finanzämtern bedürfte.*

*Doch letztendlich ist aus Sicht der ver.di Betriebsgruppe der Bundesgesetzgeber gefragt bzw. eine Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen, der dem Gewerbesteuer-Dumping der Kommunen Einhalt gebietet. An Reformvorschlägen mangelt es nicht.*

*Will man an dem bisherigen Gewerbesteuer-System festhalten, wäre es zumindest geboten, dass der Gewerbesteuer-Hebesatz einer Kommune in einem Ballungs- bzw. Agglomerationsraum mit einem Radius von 30 km Entfernung zu einer Metropole deren Gewerbesteuerhebesatz max. 20% - 30% unterschreiten darf.*

*Bedenkt man, dass der Freistaat Bayern die Stadt München für pandemiebedingte Gewerbesteuerausfälle mit 669 Millionen Euro finan-*

ziell unterstützen musste, stellt sich einmal mehr die Frage der Aufkommens- und Verteilungsgerechtigkeit der Gewerbesteuer hinsichtlich des Gebarens der Oasen-Kommunen und der dort angesiedelten Briefkastenfirmen.“

Wer sich für diese Themen interessiert oder uns einfach kennenlernen möchte, ist zum nächsten Stammtisch herzlich eingeladen: Donnerstag, 18. August 2022 um 17 Uhr im Augustiner Biergarten, Arnulfstr. 58 - Wir treffen uns am Eingang.



## Klassische Moderne und Bauhaus in München

Emanuel Schmid

Beginnend an der Hackerbrücke führte Architekturstadthistorikerin Frau Dr. Kaija Voss am 17. Mai 2022 interessierte Beschäftigte des Finanzamts München auf Einladung der ver.di-Betriebsgruppe zu verschiedenen Architekturdenkmälern der 20er Jahre des vorherigen Jahrhunderts. Die Teilnehmer\*innen konnten viele interessante Einblicke in das Bauwesen der Klassischen Moderne, insbesondere in der Bauhaus-Epoche gewinnen. Auch München verfügt über eine Vielzahl wertvoller Gebäude aus dieser Zeit. Maßgeblich zur Entwicklung der Wohn- und Arbeitsraumschaffung hat dabei die Bayerische Postbauschule unter Robert Vorhoelzer und Robert Pöverlein beigetragen.

Im Rahmen der Führung wurden unter anderem das ehemalige Paketzustellamt an der Hacker-

brücke, die Versuchssiedlung des Bayerischen Post- und Telegraphenverbandes an der Arnulfstraße sowie die Siedlung Neuhausen mit angeschlossenem Künstlerhof besichtigt. Der Rundgang endete am sog. „Amerikanerblock“, einem Wohnhaus am Steubenplatz, welches aus US-Mitteln von der Stadt München im Stil der Neuen Sachlichkeit gebaut wurde. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch eine Einkehr in der Gaststätte „Ewiges Licht“ in unmittelbarer Nähe zur Siedlung Neuhausen.

**Buchtipps: Bauhaus in Bayern - Eine fotografische Reise durch die Klassische Moderne, Jean Molitor und Kaija Voss, be.bra-Verlag im Mai 2021, ISBN 978-3-86124-750-0.**

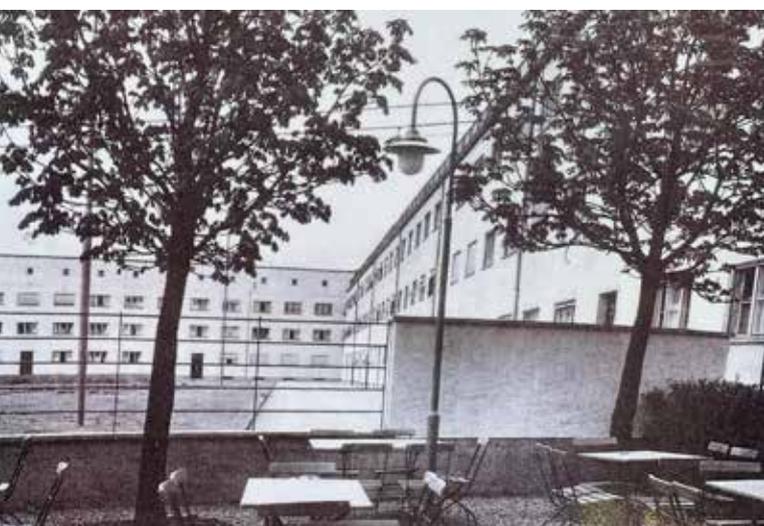


Bild links: Bauhaus Siedlung

Bild oben: Postzentrum



## Hauptpersonalrat kritisiert erneute Verlagerung

Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat die Zentralstelle zum Feststellungsverfahren nach § 151 BewG beim FA München überprüft. Auf seine Anregung hat das Finanzministerium (FM) festgestellt, dass eine Verlagerung dieser Zentralstelle nach Kaufbeuren sinnvoll ist, um u.a. eine bayernweit einheitliche Organisationsstruktur zu schaffen.

Die Planung des FM sieht vor, im ersten Schritt ab 01. Januar 2023 alle betroffenen Erb- und Schenkungsfälle ab dem Stichtag 01. Januar 2019 abzugeben. Ab Juni 2023 sollen dann alle noch offenen Altfälle nach Kaufbeuren verlagert werden.

Das Thema wurde im Mai vom Hauptpersonalrat (HPR) mit Vertreterinnen des Finanzministeriums intensiv erörtert. Dabei wurde von seiten der Personalvertretung deutlich angesprochen, was alles gegen diese Verlagerung spricht:

gesetzliche Gründe (Sitz der Betriebsstätte), die Aufgabe der Finanzverwaltung (steuerrechtliche Prüfung), fehlende Bewerbungen aus der Region um Kaufbeuren (bestehende Probleme bei der Stellenbesetzung der Fachhochschule in Kaufbeuren), der Zeitpunkt unabhängig von der Personalzuteilung und als Folge Umsetzungen von zehn in München eingearbeiteten Beschäftigten in neue Bereiche (zusätzlicher Arbeitsaufwand im FA München, angesichts Personalmangel ein falsches Signal zum Erhalt der Mitarbeiter/innen).

So zutreffend argumentiert wurde, so wenig sieht sich das FM in der Lage, die Verlagerung abzulehnen. Womöglich ist die politische Einflussnahme stärker, als es der Verwaltung lieb ist...

Deshalb hat der HPR vorgeschlagen, wenigstens noch zwei Jahre zu warten. Dies wird jetzt vom FM geprüft.

## Wo drückt der Schuh?

Mehrmals hat die Gewerkschaft ver.di in den letzten Jahren Aktionen gestartet, damit die Ballungsraumzulage in Höhe der München-Zulage (270 €/Monat) erhöht wird.

Trotz des eklatanten Personalmangels in der öffentlichen Verwaltung hat sich der Bayerische Finanzminister Albert Füracker nach Spitzengesprächen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund Bayern, der Initiative des Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter, des Gesamtpersonalrates der Landeshauptstadt München, der Personalrates des Amtsgerichts München, der Beschäftigtenproteste, der Initiativen der Gewerkschaften und der Petition vieler Beschäftigter - auch vom Finanzamt München - dagegen ausgesprochen.

Nun hat der ver.di-Bezirk München mit einer Kick-Off-Veranstaltung für Beamte nachgefragt, welche Themen uns besonders am Herzen liegen. Für die ver.di-Betriebsgruppe hat der Kollege Martin Heitzer, Abt. IV, teilgenommen. Sein Fazit aus dem "Kick-Off" ist, dass wir im Wesentlichen alle ohnehin dieselben Probleme haben (Mietpreise, Bedienstetenwohnungen, Stellenkegel...). Er hat jedoch noch zusätzliche Punkte angebracht (Digitalisierung/EDV, sanierungsbedürftige Dienstgebäude).

Eine Folgeveranstaltung ist für den 14. September um 17 Uhr im Augustinerkeller geplant - mit anschließendem "Beamtenstammtisch"!



Infostand 8.3.2021



## And the winner is ...

Flo Weber (siehe Bild), Abteilung IV und LSt-Außenprüfer. Unser letztes Rätsel brachte ihn ein wenig zum Schwitzen, aber gewohnt souverän kam dann doch die richtige Lösung. Der Glücksfee hatte er es zu verdanken, dass sein Los gezogen wurde. Das Buch „Die 24 Tage von Wuhan“ hat er sich aber redlich verdient. Wir gratulieren!



### LÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS:

L	O	H	N	S	T	E	U	E	R	K	A	R	T	E
A	E	E	O	C	U	P	E	U	E	I	R	O	S	G
N	S	X	E	H	B	I	B	P	A	C	B	C	C	A
D	T	E	R	R	E	L	E	H	G	H	E	K	H	L
R	E	N	D	E	R	E	R	E	E	E	I	E	E	I
A	R	S	L	I	K	P	L	M	N	R	T	F	R	S
T	R	C	I	N	U	T	I	I	Z	E	G	E	N	I
S	E	H	N	E	L	I	N	S	G	R	E	L	O	E
A	I	U	G	R	O	K	G	M	L	B	B	L	B	R
M	C	S	E	E	S	E	E	U	A	S	E	E	E	Y
T	H	S	N	I	E	R	N	S	S	E	R	R	L	N



Es darf wieder gefeiert werden!



Die Ruhe vor dem (An-)Sturm...

